



Grußwort zur Fachtagung Teilhaben2010

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung Teilhaben 2010,

gerne habe ich die Schirmherrschaft über die Fachtagung "Menschen machen Teilhabe – Teilhabe macht Menschen" übernommen. Der für die Fachtagung gewählte Schwerpunkt „Übergang von Menschen mit Behinderungen von der Schule ins Berufsleben“ ist eines der wichtigsten Themen für junge Menschen am Ende ihrer Schulzeit. Kann ich das, was ich gelernt habe, in einem Betrieb einsetzen, welche Ausbildungsstelle bekomme ich, kann ich mich in der Praxis bewähren? Das sind Fragen, die sich junge Menschen dann stellen. Bei behinderten Menschen kommen häufig noch andere Fragen hinzu: Wie reagieren Ausbildungsbetriebe und Kollegen auf meine Behinderung, habe ich überhaupt die Chance auf eine anerkannte Ausbildung oder welche Alternativen gibt es für mich? Die Fragen und damit verbundenen Ängste sind häufig berechtigt. Viele junge Menschen haben schon früh das Gefühl kennen gelernt, nicht "dazuzugehören". Sie waren im Kindergarten, in der Schule, in der Nachbarschaft oft nicht "mittendrin", sondern an speziellen "Förderorten". Die Folgen dieser Form der Förderung sind, davon bin ich überzeugt, nicht nur geringere Berufschancen und das Gefühl ausgegrenzt zu sein, sondern sie wirken in die Gesellschaft selbst hinein. Wenn Menschen ohne Behinderungen nie mit behinderten Menschen Berührungspunkte hatten, wie sollen sie sie dann vorbehaltlos als Kollegen und Mitarbeiter akzeptieren? Es muss für jedes Kind und jeden Jugendlichen mit Behinderung möglich sein, einen inklusiven Unterricht, d.h. einen gemeinsamen Unterricht mit Kindern und Jugendlichen ohne Behinderung, zu besuchen. Dies schreibt nicht zuletzt die UN-Behindertenrechtskonvention fest, die seit März des letzten Jahres in Deutschland geltendes Recht ist. Ich weiß natürlich, dass diese Tatsache bei vielen Ängste weckt: Bei Eltern, die um die Förderung ihrer behinderten Kinder fürchten, bei Lehrern, die sich fragen, wie ihre berufliche Perspektive aussieht. Um eines klarzustellen: Es geht nicht darum, dass Förderung ersatzlos wegfallen wird. Diese


Förderung soll aber nicht mehr an besonderen Orten stattfinden müssen, sondern in Kindergärten und Schulen im Wohnumfeld, in der Nachbarschaft, mitten im Dorf oder in der Stadt. Und gemeinsam mit Kindern ohne Behinderung. Nicht nur Kinder mit Behinderungen benötigen spezielle Förderung, sondern jedes Kind, unabhängig von der Begabung und einer Behinderung.

Aber natürlich darf die Förderung nicht nach der Schule enden. Es muss weiter darum gehen, jungen Menschen berufliche Bildung und Arbeit in einem Betrieb zu ermöglichen. Hierauf müssen die gemeinsamen Anstrengungen gerichtet sein, ob durch eine "verzahnte Ausbildung", "Unterstützte Beschäftigung", kooperative Ausbildungen oder andere betriebsnahe Formen beruflicher Bildung. Je mehr und häufiger wir Betriebsnähe hinbekommen, desto höher sind nachweislich die Beschäftigungschancen. Es gibt also schon heute viele Instrumente, um behinderten Jugendlichen mehr Beschäftigungschancen zu geben. Allerdings scheinen die verschiedenen Programme und verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten besonders für Eltern aber auch Sachbearbeitern in Behörden vor Ort nicht mehr durchschaubar. Auch Unternehmen verlieren die Übersicht und wissen von vielen Unterstützungsmöglichkeiten nichts. Hier gilt es, Licht in den Dschungel von Zuständigkeiten und Paragraphen zu bringen. Oft verhindern aber auch Behörden vor Ort alternative Wege zu gehen. Längst nicht in jeder Amtsstube ist „Inklusion“ angekommen. Immer wieder erfahre ich, wie Eltern Steine in den Weg gelegt werden, wenn sie für Ihre Kinder neue Wege suchen, selbst dann, wenn Erfolge nachweisbar sind. Noch viel schwieriger ist es bei Jugendlichen aus Problemfamilien, bei denen die Eltern keine Unterstützung leisten.

Bei der Berufsfindung und den verschiedenen Angeboten höre und erlebe ich leider immer noch, dass die betroffenen Menschen den Angeboten folgen müssen nicht die Angebote den Menschen. Wir müssen mehr darauf schauen, was der einzelne Mensch kann und nicht, was er nicht kann. Es ist aus meiner Sicht wichtig, noch mehr für eine frühzeitige berufliche Orientierung, schon zur Schulzeit, am ersten Arbeitsmarkt zu tun. Schon hier müssen Kontakte zu Betrieben aufgenommen und Schülerinnen und Schüler auf den Berufseinstieg vorbereitet werden. Es müssen Möglichkeiten ausgeschöpft und erweitert werden, beispielsweise durch ein Persönliches Budget für Ausbildung und Arbeit und durch leichtere Übergänge zwischen Teilhabeleistungen. Natürlich sind auch die Betriebe gefordert, ihren Teil zu einem gelingenden beruflichen Einstieg behinderter Jugendlicher beizutragen. Hier sollten wir auch einmal darüber nachdenken, ob es nicht Sinn macht, die vielen Programme zu bündeln und einfachere Instrumente zu schaffen. Allerdings können Betriebe selbst auch heute schon etwa durch Integrationsvereinbarungen mehr Verantwortung für Menschen mit Behinderungen übernehmen.

Für eine umfassende Teilhabe und Inklusion in Schule und Berufsleben müssen alle Beteiligten, ob Kostenträger, soziale Dienstleister, Bund, Länder und Kommunen, Schulen, Lehrer und Sozialpartner ihren Beitrag leisten. In diesem Sinne wünsche ich eine interessante und weiterführende Fachtagung, die den Menschen in den Vordergrund setzt und möglichst konkrete Schritte zu mehr Inklusion in der Arbeitswelt aufzeigt.

Ihr

A handwritten signature in black ink, reading "Hubert Hüppe". The signature is written in a cursive style with a large, prominent initial 'H'.

Hubert Hüppe
Beauftragter der Bundesregierung
für die Belange behinderter Menschen